

Die Deutschen, der Faschismus und der Holocaust

- im Schatten des Jugoslawien-Krieges -

(Für eine andere Aufarbeitung der Schuld der Deutschen -
gegen die Instrumentalisierung der Schuld als politisches Instrument)

eigene und andere Texte

Tristan Abromeit, Hrsg.

Mai 1999

Texte 21.6

(Die Grünen wurden mit Nazi-Vorwurf konfrontiert.
Siehe dazu auch „Nachtrag“ im Vorwort vom September 2007. / Text 21.0)

Die GRÜNEN und der Faschismusvorwurf

von Hans-Martin Schönherr

Aus: Die Unabhängigen / Juli 1985

Faschismusvergleiche: Schlechtes Gewissen oder Kampagne Geißlers?

Aus: Grünes Bulletin / Nov./ Dez. 84

Aus der Vergangenheit des Hauses Flick

Waltraud Schoppe in der Sonderdebatte zu Flick am 16. November '84

Leben im Überfluß

„Hitlers Geld“

Eine Besprechung von W. C. Schwarzwällers Buch / von Carsten Lilge
HAZ 24. Okt. 1998

An Hitler ging nur wenig Geld (Ih. HAZ)

Wer finanzierte Hitler?

Peter Weiz Hrsg. / Karl Konstantin, 1970

Die politische Mitte als Förderer der Extremparteien / -positionen

von Tristan Abromeit / Okt. 2007

mit Programmaussagen der AUD – Gründungsgruppe der GRÜNEN

(Seiten 1 – 27)

Die Unabhängigen

38. Jahrgang/Nr. 27

8. Juli 1985

München

Zwischen Gewaltfrage und naturromantischem Irrationalismus:

Die GRÜNEN und der Faschismusvorwurf

Von Hans-Martin Schönherr

Wen wundert es, wenn aus dem rechten Eck – und manchmal gar aus dem linken – gegen die GRÜNEN der Vorwurf erhoben wird, sie hätten Ähnlichkeiten mit den Nationalsozialisten? In allen politischen Lagern erlebte der Vorwurf „faschistisch“ inflationäre Verwendung. Fast selbstverständlich und übergehenswert klingt er daher, wenn man mit ihm gegen die GRÜNEN zu Felde zieht. Steht der Vergleich erst seit Rudolf Bahros Äußerungen auf dem Parteitag der GRÜNEN Ende 1984 ernsthaft zur Diskussion, als er die Ausgangspunkte der Nazis nach dem 1. Weltkrieg und der GRÜNEN heute in die Nähe rückte? Lohnt es sich deshalb den Vorwurf aufzugreifen, von dem wir doch immer schon wissen, daß er nicht stimmt, oder reicht es, Bahro als exzentrischen Außenseiter abzutun?

Das historische Erbe des Faschismus

Ich glaube nicht, daß die Dinge so einfach liegen. Es geht allerdings weniger darum, was Bahro sagte oder meinte. Für mich ist das höchstens ein Anstoß, bestimmt kein willkommener, aber ein unübersehbarer. Ich will mich mit dem Faschismusvorwurf auseinandersetzen, weil wir in Deutschland, einem Land, das sich wie kein zweites am Faschismus berauschte, einfach nicht unbefangen sind, wie sehr wir auch immer dem Antifaschismus nachhängen.

Zuviel Zeitgeist, der auch in andere Bewegungen Eingang fand, kulminierte im Faschismus.

Viele Traditionen wurden von ihm besetzt, viele Werte geprägt. Gerade in seiner sozialen Destruktivität, indem er mit den Gesellschaftsstrukturen des Kaiserreichs abrechnete, schuf er die Voraussetzungen zum modernen Deutschland. Doch vor allem sind die meisten von uns Kinder von Menschen, deren Persönlichkeit der Faschismus zumindest beeinflusste. Wo es sich die DDR einfach macht, dort müssen wir uns selbst gegenüber kritischer sein, dürfen wir Vergleiche mit dem Faschismus nicht mit besserwisserischem Grinsen oder distanzierender Empörung übergehen.

Gewaltfrage und grüner Parlamentarismus

Es ist auch nicht so einfach mit dem Vorwurf, der die GRÜNEN in die Nähe des Faschismus rückt. So gibt es beim Thema Gewalt und Militanz von AKW- und Startbahngegnern im Vergleich zur Brutalität und Gewalttätigkeit von SA und Nazifußvolk natürlich immer die nicht weg-zudiskutierende Ähnlichkeit der Erscheinungs-

formen gewaltsamer Auseinandersetzungen.

Daß sich militante Umweltschützer und Friedensbewegte zu den GRÜNEN zählen, ist zwar möglich. Grundsätzlich aber hat sich die GRÜNE Partei programmatisch gegen Gewalt und zur Gewaltfreiheit bekannt, was gerade diesen Militanten immer ein Ärgernis und Dorn im Auge gewesen ist, so daß ihre Sympathie für die GRÜNEN meist nicht weit reicht.

Die Nazis dagegen haben Gewalt bewußt organisiert und zum Mittel ihrer Politik gemacht. Hiervon unterscheidet sich selbst die Gewalt, die heute von militanten Umweltschützern und Linken ausgeht. Die SA und andere NS-Organisationen haben hierarchisch straff organisiert und zentral gelenkt Hitler die Straßen freigeprügelt.

Die Gewalttätigkeit der heutigen Militanten entspringt der politischen Hilf- und Wehrlosigkeit gegenüber übermächtigen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die das Leben von vielen Menschen unerträglich werden lassen. Sie ist weder durchorganisiert, noch zentral gelenkt, schon gleich gar nicht von den GRÜNEN, denen diese Gewalt nur schadet.

Höchstens drückt sich in ihr die Hoffnungslosigkeit und der Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen aus. Ob es die Mehrheit der Politiker von GRÜN bis SCHWARZ gerne sieht oder nicht, aber die Existenz der grünen Partei in den Parlamenten wirkt belebend und erneuernd auf die staatlichen Institutionen. Die GRÜNEN stellen Vertrauen wieder her, für dessen Verlust die etablierten Parteien verantwortlich zeichnen. Das könnte sogar manche von den Enttäuschten, die dazu neigen ihrer Frustration manchmal gewaltsam Ausdruck zu verleihen, wieder demokratischen Umgangsformen und In-

stitutionen näherbringen.

Wie die anderen Parteien die GRÜNEN behandeln, daran wird die Erneuerungskraft dieser Demokratie zu überprüfen sein. In dieser Hinsicht sind die GRÜNEN als hoffnungsfrohe Juniorpartner wie als fundamentaloppositionelle Bewegung zum Integrationsfaktor des demokratischen Systems geworden, auch wenn sie es ökologisch und sozial verändern möchten. Deshalb hat auch Bahro Unrecht: Die GRÜNEN steen ganz woanders als dort, wo 1921 die NSDAP stand.

Ein Vorwurf, mit dem es sich vor allem auseinanderzusetzen gilt, weil er den Kern ökologischer Politik betrifft, das ist der Vergleich eines grünen Antiindustrialismus und romantisierende Tendenzen einer neuen Naturverbundenheit mit dem NS-Mystizismus von Blut und Boden und einer irrationalen Rückkehr zum Heimatlichen und zu quasinatürlichen Werten.

Nicht ernstzunehmen ist an diesem Vorwurf natürlich der Bezug zum völkischen Blut. Rassismus ist bis heute das Privileg imperialistischen Sendungsbewußtseins, faschistischer wie militaristischer Klassenherrschaft geblieben. Aber gegen den Vergleich mit dem heimat- und naturverbundenen Irrationalismus und der Ablehnung des Kapitalismus im Nationalsozialismus hat sich ökologisches Denken zu wehren.

Was dem Faschismus natürlich dünkte, die ungeschminkte deutsche Frau mit gebährfreudigem Becken und der stramm blickende, kurzgeschorene Jüngling, das diente genauso wie die Ideologie von Vaterland und Heimat der straffen, autoritär organisierten und militärisch disziplinierten Gesellschaft. Das hatte mit Natur gar nichts zu tun, sondern ist ihr krasses Gegenteil. Dem Faschismus galt Natur nur soviel, wie über sie selbstmörderische Vaterlandsliebe zu erzeugen war. Blut und Boden, die Lebensraumideologie waren gleichzeitig Ziele und ideologische Mittel nationalsozialistischer Politik, um sich treuer Gefolgschaft bis in den Tod zu versichern, um Aggression und Unterdrückung zu legitimieren.

Im Nationalsozialismus spielten diese irrationalen, mystifizierten und rassistischen Ziele und Ideologien mit einem antikapitalistischen Judenhaß zusammen, der ansonsten die Entwicklung von Kapitalismus und jeglicher, gerade destruktiver, technischer Innovation blind befördert hat. Ob in der Landwirtschaft oder in der Industrie, niemals zuvor und auch nicht danach wurden kleinbäuerliche, handwerkliche und kleinindustrielle Strukturen so rasant zerstört, wurde so intensiv industrialisiert und Kapital akkumuliert wie in der NS-Zeit. Denn nur auf diese Weise konnte der Nationalsozialismus unter Einsatz modernster Techniken – des kombinierten Zusammenwirkens von Flugzeugen und Panzern – seine Herrschaft über ganz Europa ausbreiten. Dabei war sein Ziel, in entferntesten Zeiten ein irrationales, romantisierendes Ideal des Wehrbauern zu verwirklichen, der seine Rasse und seine Heimat in ständiger gewappneter Aufmerksamkeit verteidigt.

Ist die Kritik an der Destruktivität der Industriegesellschaft irrational?

Es mag nun bei vielen Ökos ein romantisches Sentiment gegenüber der Natur herrschen, was im Grunde auch verständlich ist angesichts der ausgreifenden Denaturalisierung und Entsinnlichung in der modernen Industriegesellschaft.

Und es wird bei einzelnen grünen Politikern – ich denke hier vor allem an Bahro – auch ein irrationales oder historisch rückgewandtes Ideengut gezüchtet.

Aber die ökologische Kritik an der Industriegesellschaft hat nichts mit Irrationalismus zu tun, sondern ist die richtige Einsicht in eine Realität in der die Industriegesellschaft immer destruktivere Kräfte entfaltet: sowohl für den Menschen nie für die Natur. Die Prozesse der umschlingenden, sozialen Rationalisierung in der Industriegesellschaft – d. h. nicht bloß das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen, sondern der Fortschritt von Technologien und Wissenschaften, das Wachstum ökonomischer, industrieller und administrativer Systeme, etc. – haben sich verselbständigt und verschärft gleichzeitig die Formen sozialer Herrschaft. Sie sind zum dynamisierten Selbstzweck geworden.

Lebensnotwendig ist es daher, an diesen Rationalisierungsprozessen Kritik zu üben. Wenn Rationalität nicht nur auf Methoden der Anpassung an soziale Systeme reduziert sein soll, die alle Natürlichkeit und Sinnlichkeit erdrücken, sondern wieder am Bemühen um eine lebenswerte Welt teilnehmen, dann müssen wir die verselbständigten Rationalisierungsprozesse verändern und beschränken. Nur dann bedeutet „vernünftig“ auch wieder „gut für die Menschen“.

Ökologische Politik kann nicht die Abkehr von der abendländischen Rationalität fordern, wie es die rassistischen Naziziele propagierten. Aber sie muß ihre Selbstbeschränkung einklagen, während die Nazis gerade die blinde Entwicklung der Rationalität zum Mittel ihrer Politik gemacht hatten. Wenn wir die Destruktivität der modernen Industriegesellschaft überwinden wollen – die die Faschisten gerade nutzen – dann müssen wir für Natur und Mensch wieder Bereiche freimachen, die diesen Rationalisierungsprozessen nicht weiter blind ausgeliefert sind, wo Natur nicht beherrscht und der Mensch nicht diszipliniert wird.

Die ökologische Wende der Industriegesellschaft

Das kann nur durch die Wende der technischen Entwicklung geschehen, die die Technik nicht weiter perfektioniert, sondern nach anderen, sanfteren, weniger destruktiven Techniken sucht; durch ein Ende des Wachstums immer umfassenderer ökonomischer Systeme; durch die Neuentfaltung der regionalen und individuellen Besonderheit – unmöglich ist Individualität in der tech-

nischen Massenware enthalten, auch wenn es sich um einen Porsche handelt; durch den Abbau zentralisierender Verwaltungseinheiten und die Entwicklung einer basisorientierten politischen Kultur.

Das ist kein Irrationalismus, kein romantisches Natur-Ideal, sondern die sehr rationale Suche nach einer Überwindung der destruktiv gewordenen Entwicklung der modernen Industriegesellschaft. Es geht darum, die verselbständigten Prozesse der sozialen Rationalisierung in die Suche nach einer lebenswerten Welt einzubinden, nachdem wir einsehen mußten, daß die Rationalität als Prozeß das allein nicht zu leisten vermag. Was die Beherrschbarkeit von Mensch und Natur, die technische und organisatorische Machbarkeit betrifft, ist ein Umdenken erforderlich.

Es muß den GRÜNEN daher wirklich um mehr gehen, als nur um die Reparatur der schlimmsten Schäden der Industriegesellschaft, wie es im Au-

nationalsozialistischem Mystizismus obsolet, sondern dann besteht vielleicht auch eine kleine Hoffnung auf eine ökologische Wende der modernen Gesellschaft.

als auch vom technisch wissenschaftlichen Fortschrittsoptimismus unterscheiden, wie geläutert letzterer auch immer sich geben mag. Dann ist nicht nur jeglicher Vorwurf der Ähnlichkeit mit

genblick noch die SPD und alsbald auch die anderen Parteien propagieren werden. Gerade in diesem Sinne müssen sich die GRÜNEN sowohl von jeglichem romantisierendem Irrationalismus



Grünes Bulletin

Ausgabe Nov./Dez. 1984

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG informieren:

Faschismusvergleiche: Schlechtes Gewissen oder eine Kampagne Geißlers?

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG diskutierten mit Gästen über Nazi-Vorwürfe



Foto: Richard Schulze-Vorberg

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat am 3. Dezember drei Stunden lang in sachlicher Atmosphäre über Äußerungen von CDU/CSU/FDP-Politikern diskutiert, mit denen die GRÜNEN in die Nähe von Nationalsozialisten oder Kommunisten gerückt wurden. In der Sondersitzung der Fraktion nahmen als Gäste auch Bundestagsvizepräsident Heinz Westphal (SPD), die SPD-Abgeordneten Ernst Waltemathe und Dietrich Sperling sowie Hildegard Hamm-Brücher von der FDP teil. CDU/CSU-Politiker waren der Einladung nicht gefolgt.

GRÜNEN-Fraktionssprecherin Antje Vollmer hatte für die Sitzung eine Zusammenstellung der »gesammelten Nazi-Vergleiche« von CDU-, CSU- und FDP-Politikern aus Protokollen der Bundessitzung vorgelegt, darunter die

(Fortsetzung Seite 2)

Inhalt: S. 3 Flick-Debatte • S. 6 »Geld beschaffen für mehr Waffen« • S. 7 Verbot der Weltraumrüstung gefordert • S. 9 Verkabelung und neue Medien: Trivialkultur • S. 12 Chemische Waffen in USA • S. 14 Neuordnung der Gemeindefinanzen •

Schlechtes Gewissen...?

Äußerung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der Pazifismus der 30er Jahre, der sich von seiner gesinnungsethischen Begründung vom heutigen nicht unterscheidet, habe Auschwitz erst möglich gemacht. Geißler hatte mit dieser Bemerkung im Sommer '83 die Nazi-Vergleiche gestartet.

Die GRÜNEN mußten sich fragen, so Frau Vollmer, ob sie mit ihrem Auftreten den Toleranzrahmen erweiterten oder Anlaß zu neuen Repressionen gäben. Sie erinnerte an die Studentenbewegung Ende der 60er Jahre, die einen Vorwand für nachfolgende Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse gegeben habe. Aktionen der GRÜNEN erzeugten manchmal fast eine »Form öffentlicher Allergie«, die mit der Meinung verknüpft sei, diese Bewegung führe ins Chaos.

Bundestagsvizepräsident Westphal erinnerte daran, daß es im Bundestag schon immer Vergleiche mit Kommunisten und Nationalsozialisten gegeben habe. Fast immer seien alle Fraktionen als Betreiber und Betroffene dabeigewesen. Derzeit gebe es im Bundestag aber keine Partei, die von ihrem Programm oder ihren Taten mit den Nazis zu vergleichen sei. Weil Hitlers Regime und seine Politik so verabscheuungswürdig gewesen seien, solle man sich darauf einigen, daß jeder Vergleich mit dem Nationalsozialismus beleidigend sei und deshalb im Bundestag gerügt werden sollte, meinte Westphal.

Waltemathe meinte, auch die GRÜNEN hätten zu den ungerechtfertigten Vergleichen beigetragen, da ihr Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie noch nicht ganz geklärt scheine. Er lastete den GRÜNEN »Rechthaberei«, »Wissenschaftsgläubigkeit, wo sie ihnen paßt«, und die Erzeugung einer »Weltuntergangsstimmung« an. Er gab zu bedenken, daß die moralische Überhöhung eigener Positionen zu Intoleranz gegenüber anderen führen könne. Das Rotationsprinzip führe schließlich zu der überheblichen Ansicht, daß es völlig egal sei, wer im Parlament sitze.

GRÜNEN-Bundesvorstandssprecher Wilhelm Knabe wies den Vergleich von GRÜNEN und Nationalsozialisten als »absolut falsch« zurück. Die Nazis seien mit dem Argument rassistischer Besonderheit von Überheblichkeit erfüllt gewesen, hätten Minderheiten verachtet, Schlägertrupps aufgebaut und in ideologischer Intoleranz die vorhandenen Autoritäten nicht respektiert. Auch die GRÜNEN hätten keinen Respekt vor Autoritäten, sondern hinterfragten diese, was zu einem anderen Auftreten führe. Eine ideologisch geprägte Intoleranz könne ihnen aber nicht vorgeworfen werden.

Bei der Diskussion über die Motivation dieser »schlimmstmöglichen Beleidigungen im Parlament« waren sich die Teilnehmer — unter ihnen der Psychologe Horst-Eberhard Richter — uneinig, ob es eine gesteuerte Kampagne sei oder bei einigen Leuten das schlechte Gewissen und die Angst durchschlage, »weil der Faschismus nie richtig ausgeräumt wurde«, wie Frau Hamm-Brücher sagte. Die Demokratie in der Bundesrepublik sei auch nie erkämpft, sondern nach dem 2. Weltkrieg künstlich aufgestülpt worden. Die GRÜNEN wären das erste Beispiel für eine von unten wachsende Demokratie.

Der Abgeordnete Jürgen Reents sprach vom »Extremismus der Mitte«, der in der Bundesrepublik Tradition habe, indem er gesellschaftliche Minderheiten ausgrenze. Petra Kelly verwies auf massive Störmanöver der EAP bei ihren Veranstaltungen, die mit den gleichen Nazi-Sprüchen agierten wie einige CDU- und FDP-Leute. Christa Nickels warf dem CDU-Generalsekretär taktischen Umgang mit Nazi-Diffamierungen vor. Der Kommunistenvorwurf habe immer gut geklappt, jetzt versuche er es mit beiden Unterstellungen.

Die Teilnehmer waren sich einig, daß solche interfraktionellen Gespräche ohne den Druck des Plenums äußerst sinnvoll und fruchtbar seien, um Mißverständnisse aufzuarbeiten und zu klären. Übereinstimmung wurde auch darin erzielt, daß bei künftigen Vorfällen dieser Art umgehend darauf hingewirkt werden müsse, daß Nazi-Vergleiche durch das Präsidium gerügt und geahndet werden.

Die Nazi-Vergleiche: Zitate

Heiner Geißler (CDU) am 15. Juni 1983 im Deutschen Bundestag:

»Herr Fischer, ich mache Sie als Antwort auf das, was Sie dort gesagt haben, auf folgendes aufmerksam. Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.«

(Beifall bei der CDU/CSU — Schily/GRÜNE: »Das ist ja eine Unverschämtheit!« — Weitere lebhafte Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

* * *

Benno Erhard (CDU) am 8. September 1983 im Deutschen Bundestag:

»Wenn ich Sie sehe, weiß ich nur das eine: Wenn Sie die Macht hätten, wäre es schlechter als bei den Nazis.«

* * *

Helmut Kohl, Bundeskanzler, am 24. Mai 1984:

»Wissen Sie, wenn ich Sie sehe und die Tonart, die Sie hier ins Haus gebracht haben: Dies erinnert mich an Abschnitte der deutschen Geschichte, die ich nie wieder erleben möchte.«

* * *

Otto Wiesheu, ehem. CSU-Generalsekretär im November '84:

»Das, was die GRÜNEN an Tendenzen zeigen, hatten wir vor 1933 auch schon einmal. Ich identifiziere sie nicht mit den Nationalsozialisten. Aber die Parolen, die sie verkünden, wurden in bestimmten Bereichen von Nationalsozialisten auch verkündet.«

* * *

Am 2. Oktober 1984 hat der bayerische FDP-Politiker und Geschäftsführer der liberalen Thomas-Dehler-Stiftung, **Hermann von Schaubert**, den GRÜNEN Gemeinsamkeiten mit dem Nationalsozialismus vorgeworfen. »Das politische Wollen und Wirken der Alternativen und GRÜNEN weist große Gemeinsamkeiten mit dem Wollen und Wirken des Nationalsozialismus auf«, erklärte Schaubert.

* * *

Der Europaabgeordnete **Erik Blumenfeld (EVP/CDU)** erklärte am 12. Oktober 1984:

»So fing es schon einmal an. Im Reichstag der Jahre vor 1933 unternahmen die Brauhemden der NSDAP-Fraktion Sturmzüge gegen die Funktionsfähigkeit des deutschen Parlaments. Heute stürmte ein Grünhemd, der Abgeordnete der GRÜNEN Fraktion, Graefe zu Baringdorf, wutentbrannt auf den Präsidentenstuhl zu, weil Präsident Pflimlin ihm das Wort entzogen hatte ...«

* * *

»Bild am Sonntag« vom 21. Oktober 1984:

»An die Pöbeleien von NSDAP-Abgeordneten in SA-Uniform im Deutschen Reichstag erinnerten die unflätigen Ausfälle des grünen Abgeordneten Jürgen Reents (35).«

Diese Liste erhebt bei weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit!

Herausgeber: **DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG**
Zuschriften: DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG
Pressestelle, Bundeshaus
5300 Bonn 1, Telefon: 0228/167213
V.i.S.P.: Heinz Suhr

Aus der Vergangenheit des Hauses Flick

Waltraud Schoppe in der Sonderdebatte zu Flick am 16. November '84

Vizepräsident Frau Renger: Das Wort hat Frau Abgeordnete Schoppe.

Frau Schoppe (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es werden in der letzten Zeit häufig Parallelen zwischen Weimar und heute gezogen. Nun wird aber von denen, die in unglaublicher Weise uns GRÜNE in die Nähe von Nazis rücken, in der Öffentlichkeit nie ein Wort über die **Vergangenheit des Hauses Flick** verloren. Deshalb möchte ich das heute in Kürze nachholen.

(Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Sehr gut! Geschichtsstunde!)

1931 bedachte Flick alle großen Parteien außer der KPD mit 1,5 Millionen Reichsmark. In den zwölf Jahren des Tausendjährigen Reichs schmierte Flick Nazigrößen mit insgesamt 7,65 Millionen Reichsmark Spenden. Als Destinatäre der Zahlungen — um eine konzernübliche Floskel zu benutzen — tauchten bevorzugt Namen wie Heinrich Himmler und Hermann Göring auf.

(Fischer [Frankfurt] [GRÜNE] und Schily [GRÜNE]: Hört! Hört!)

In der NS-Zeit arbeiteten Zehntausende von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und Fremdarbeitern unter teilweise unwürdigsten Verhältnissen in den Rüstungsbetrieben. Flicks Verhältnis zu den Machthabern war ungetrübt. Als der Krieg vorbei war, war Flick der reichste Mann in Deutschland. Wenige Jahre später wird Konrad Adenauer ihm zu

(Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Sehr gut!)

Wir behaupten nicht: Bonn ist Weimar. Und wir haben ein großes Interesse daran, daß Bonn niemals Weimar wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber es muß einmal darauf hingewiesen werden, daß Flick, der aus Profitinteressen die Nazis finanzierte, heute wieder aus Profitinteressen die demokratischen Parteien CDU, CSU, FDP und SPD unterstützt. Wenn es um Spenden und Einfluß geht, meine Damen und Herren, ist Flick kein Einzelfall. Weisen nicht die diesjährigen Entscheidungen bezüglich Buschhaus, Katalysator und Formaldehyd auf die alltägliche Dominanz der Interessen von Energie-, Automobil- und Chemiekonzernen hin?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am 5. November sagte ein Unionsabgeordneter von dieser Stelle zur Problematik der Spendenaffäre:

Die Vorstellung, Politiker oder politische Entscheidungen kaufen zu können, muß von uns unerbittlich zurückgewiesen werden. Sie steht unserer politischen Ordnung feindlich gegenüber.

Der Bundeskanzler, der den Eid auf die Verfassung und die Einhaltung von Gesetzen geleistet hat, gibt im Untersuchungsausschuß offen zu, gegen geltende Gesetze und die Verfassung verstoßen zu haben,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Weil es alle getan haben!)

mit der ungeheuerlichen Begründung: Die anderen haben es schließlich auch gemacht.

In der Öffentlichkeit geht der Kanzler hausieren mit dem Märchen vom gesetzlosen Zustand, das auch Herr Haussmann eben wiederholt hat, obwohl Urteile des Bundesverfassungsgerichtes, die Verfassungsrang haben, seit 1958 eindeutige Regelungen vorschreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN — Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Richtige Spitzbubenlogik!)

Der oben erwähnte Unionsabgeordnete sagte weiter:

Aber ich bin gegen das Geraune von der Götterdämmerung und gegen die zur Mode gewordene pauschale Infragestellung der Institutionen unseres freiheitlichen Rechtsstaates.

Hat dieser Abgeordnete vor einer Woche, als er dieses sagte, den Kanzler gemeint? Was ist das für eine



Flicks Beitrag zur Kulturdebatte — ein Großkonzern beeinflusst Politik und Kunst — ein Werk von Henner Drescher.

seinem großen und staunenswerten Lebenswerk beglückwünschen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Haha!)

So ist die Diehl-Liste, die uns heute erregt, das historische Dokument einer Praxis der Verflechtung von Geldelite und Politik.

Frau Schoppe

Regierung, deren Kanzler selbst eine derart zwielichtige Haltung zur Verfassung zeigt?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD — Frau Gottwald [GRÜNE]: Eine gekaufte Regierung!)

So lange diese eingestandenen **Rechtsbrüche** auf höchster Ebene keine politischen Konsequenzen haben, ist die Debatte um eine an sich sinnvolle Maßnahme wie die Offenlegung sämtlicher Abgeordneteneinkünfte von nachrangiger Bedeutung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie erbärmlich ist ein Parteienstaat, in dem ein ehemaliger erster Repräsentant dieses Staates im Foyer eines Theaters bei einem Steuerpflichtigen betteln geht? Es liegt der Verdacht nahe, daß seine Steuern, die durch Flucht hier hinterzogen wurden, als Parteispenden zurückgekommen sind.

(Sauermilch [GRÜNE]: Sehr gut!)

Nun stelle sich niemand die **Beeinflussung von Parteien** so simpel vor, daß mit einer einmaligen Zahlung, und möge sie noch so hoch sein, ein bestimmtes Gesetz im Sinne des Spenders verändert würde. Es sind die kontinuierlichen Zahlungen, die den Partner dienstbar machen. Es sind die kleinen Aufmerksamkeiten — ein halbes Pfund Kaviar, mein Gott, was ist das schon? —

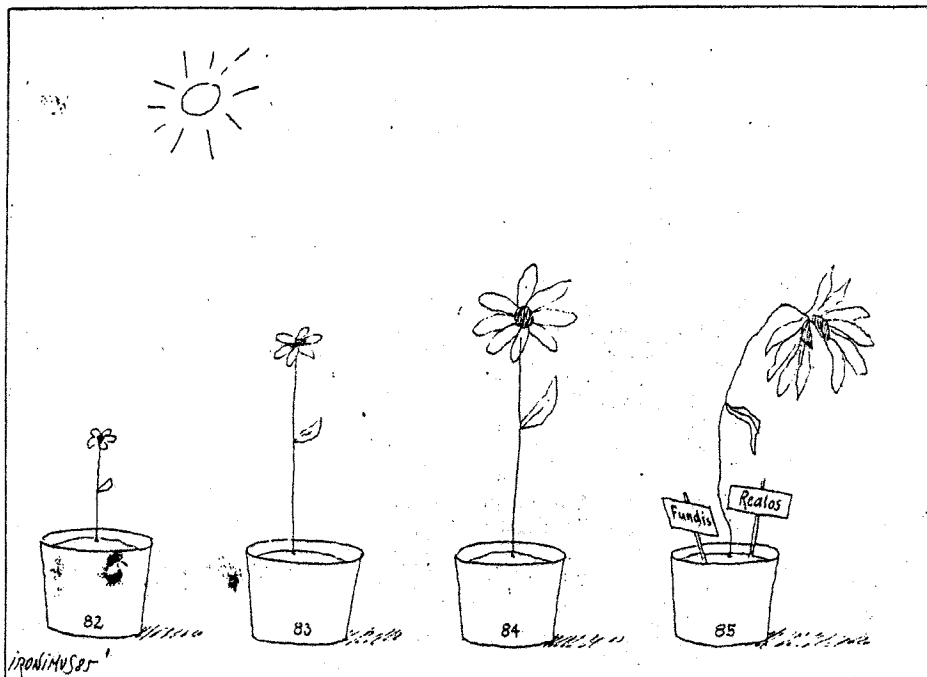
(Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Wenn das dann auch noch verschüttgeht! Wer hat den Kaviar gegessen?)

das Gefühl von gemeinsamer Wichtigkeit von Geldeliten und Politikereliten, das zur Freundschaft führt. Und wer kann schließlich einem Freund eine Bitte abschlagen?

Meine Damen und Herren, der Einfluß der Großindustrie auf politische Entscheidungsprozesse ist unvereinbar mit einer Demokratie, die diesen Namen verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die wirtschaftliche und politische Macht muß kontrolliert werden. Dazu gehören Maßnahmen zur Entflechtung der Großindustrie ebenso wie die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Belegschaften. Dazu gehört auf parlamentarischer Ebene die rücksichtslose Aufklärung der vielfältigen **Beziehungen von Industrie und Politik**. Dazu gehört die Ausweitung des Untersuchungsgegenstandes des Flick-Ausschusses auf die **Untersuchung der allgemeinen Spendenpraxis** und die **Tätigkeit von parteinahen Stiftungen**.



Wie es grünt

Zeichnung: Ironimus (Süddeutsche Zeitung)

Entnommen aus: *Die Unabhängigen* vom 6. Juli 1985

„Hitlers Geld“:

Das Ende einer Legende

Leben im Überfluß

VON CARSTEN LILGE

Adolf Hitler gab sich stets als anspruchsloser, nicht an persönlichen Vorteilen interessierter „Führer“. Dieses Bild halten viele noch heute für richtig. Der ehemalige Chefredakteur von „Reader's Digest“, Wulf C. Schwarzwäller, läßt in seinem journalistisch-flüssig geschriebenen Buch „Hitlers Geld“ von dieser Legende nichts übrig.

Von Beginn seiner Zeit als Politiker an pflegte Hitler das Image der Bedürfnislosigkeit. Und ebenfalls von da an war das eine Lüge. Zwar schlug er propagandistisch wirksam eine Bezahlung durch die Partei aus. Doch hatte er andere Quellen. Nicht alle sind bekannt, da seine einfluß- und geldreichen Hintermänner sich gern bedeckt hielten. Hitler selbst stellte nie Quittungen über die Spenden aus, die er für die Partei sammelte, aus denen er sich aber auch selbst bediente, natürlich wieder ohne Quittung. Diese Gelder ermöglichten es ihm beispielsweise, sich einen teuren Mercedes zu kaufen, als der Durchschnittsdeutsche von einem Auto nur träumen konnte. Gegenüber dem Finanzamt gab er sich als armer Schlucker, der solche Extravaganzen mit Krediten finanziere. Hitler war ein Steuerhinterzieher, zuerst im kleinen, später im großen Stil.

Einmal zur Macht gelangt, wiederholte Hitler die bewährten Muster. Öffentlichkeitswirksam verzichtete er auf sein Gehalt als Reichskanzler, was die Legende vom Führer ohne finanzielle Interessen in Volkes Hirn festsetzte. Allerdings hätte Hitler dieses Geld auch gar nicht nötig gehabt. Er hatte schon vorher aus den Tantiemen seines Buches „Mein Kampf“ große Einkünfte, die bald in die Millionen stiegen, unter anderem weil das Werk von staatswegen jedem deutschen Ehepaar zur Hochzeit geschenkt wurde. Auch diese Einkünfte schleuste Hitler am Fiskus vorbei, anfangs noch mit Tricks. Nach der Usurpation des Amtes des Reichspräsidenten ließ er sich dann einfach Steuerfreiheit genehmigen. Kaum hatte Hitler diese erlangt, ließ er sich wieder die Bezüge des Reichskanzlers überweisen – und natürlich auch die des Reichspräsidenten. Davon erfuhr die Öffentlichkeit selbstverständlich nichts.

Ebensowenig kannte sie Hitlers Hang zum Luxus, der sich vor allem in einem Faible für noble Autos und prachtvolle Einrichtungen zeigte. Da seit 1935 das Gelände weiträumig abgesperrt war, wußte die breite Masse nicht, daß Hitler sein Haus auf dem Obersalzberg mit einem Aufwand von ungezählten Millionen in einen Palast verwandelt hatte.



Millionentantiemen für das Bild auf Briefmarken.

Die meisten Deutschen glaubten, es sei noch immer das bescheidene Domizil, zu dem in den ersten Jahren seiner Regierung an den Wochenenden die Massen pilgerten, um Hitler zu sehen.

Woher kam all das Geld? Zum Beispiel aus der völlig unüblichen Praxis, daß sich das Staatsoberhaupt für die Abbildung seines Kopfes auf Briefmarken entlohnen ließ – mit mindestens fünfzig, wahrscheinlich aber mehreren hundert Millionen Mark. Eine nie versiegende Quelle war ein 1934 eingerichteter Spendentopf der deutschen Wirtschaft zu Hitlers persönlicher Verfügung, in den jährlich an die 100 Millionen Mark geflossen sein sollen. Laut Schwarzwäller müssen all diese Werte – vorsichtig geschätzt – mit sieben multipliziert werden, um ihre heutige Kaufkraft ermessen zu können. Der angeblich bedürfnislose Hitler war, soweit man es nachvollziehen kann, Multimilliardär und der reichste Mann Europas.

Für Schwarzwäller war Reichtum Hitlers Ziel von Jugend an, und dafür wollte er möglichst nicht arbeiten. Dazu waren ihm alle Mittel recht. In diesem Zusammenhang scheut Schwarzwäller auch nicht vor einem Thema zurück, das die Historiker meist nur mit der Beißzange anfassen: Okkultismus. Er „entzaubert“ es im wahrsten Sinne des Wortes durch Verweis auf die Psy-

chologie. Letztlich geht es um nichts Geheimnisvolles, sondern um die Freisetzung psychischen Potentials zur Erlangung persönlicher Ziele, z. B. durch suggestive Argumentation und andere Psychotricks. Hitlers Interesse an dieser Art „Magie“ ist bekannt, doch war es ganz realistischer Art. Er wollte Macht und Geld, so wie viele Menschen, die heute Seminare oder Bücher mit klangvollen Titeln wie „Der Weg zum Erfolg“ bezahlen.

Auch wenn strenge Historiker mit Schwarzwällers Vorgehensweise nicht immer einverstanden sein dürften, ist es ein großes Verdienst, dieses vernachlässigte Thema in einer für ein breites Publikum ansprechenden Weise dargestellt zu haben. Gerade in unserer Zeit, da immer mehr Menschen sich auch wegen der Selbstbedienungsmentalität vieler Politiker von der Demokratie abwenden, ist es wichtig zu zeigen, daß es in Diktaturen nicht besser, sondern eher noch schlimmer zugeht. Und im Unterschied zur Diktatur, wo die Korruption still und heimlich abläuft, besteht in der Demokratie die Chance, daß die Vorgänge bekannt und dann auch geahndet werden.

Wulf C. Schwarzwäller: „Hitlers Geld. Vom armen Kunstmalers zum millionenschweren Führer“. Verlag Carl Ueberreuter. 250 Seiten, 39,80 DM.

An Hitler ging nur wenig Geld

Die Großunternehmer blieben den Nazis gegenüber mißtrauisch

Henry Ashby Turner: „Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers.“ Siedler Verlag, Berlin, 568 S., 58 DM.

Für die ideologisch fixierte Geschichtsschreibung östlicher Prägung war es von Anfang an eine ausgemachte Sache, daß Kapitalisten und Großagrarien mit riesigen Geldspenden Hitler zur Macht verholfen haben. Daß die denkwürdige Begegnung Hitlers mit Franz von Papen, die letztlich zum Sturz des Reichskanzlers Schleicher führte, am 4. Januar 1933 im Hause des Kölner Bankiers Kurt von Schroeder stattfand, ist zuweilen auch außerhalb des kommunistischen Propagandafeldes als Hinweis auf die guten Beziehungen der Geldaristokratie zu den Nationalsozialisten gedeutet worden. Als Vorsitzender des Kölner „Herrenclubs“ besaß Schroeder zwar gute Beziehungen zur rheinischen Großindustrie, war mit seiner Parteinahme für Hitler unter Bankern und großen Unternehmern aber eher ein Außenseiter.

In umfangreichen Untersuchungen ist der amerikanische Historiker Henry Ashby Turner, der in München und Berlin studierte, der Frage nachgegangen, wer eigentlich Hitlers Aufstieg finanziert hat. Viele Jahre hat Turner alle erreichbaren Quellen angezapft, ist dabei insbesondere auch in den Archiven großer Unternehmen auf ergiebige Funde gestoßen. Das Ergebnis seiner Recherchen widerlegt die östliche These eindeutig. Es hat zwar auch in der oberen Unternehmerschicht einige Parteigänger des Naziregimes gegeben; der großen Mehr-

heit aber waren schon die ungehobelte Sprache und das rowdyhafte Auftreten der Hitler-Truppen so abstoßend, daß sie Hitler gegenüber mißtrauisch blieben.

Obwohl gerade den Großunternehmern die Angst im Nacken saß, seit die Kommunisten 1918/19 an die Tore der Macht geklopft hatten, haben sie jedenfalls bis 1933 nie ganz die Furcht abgelegt, daß auch Hitler, wäre er erst einmal am Ziel, ihr Eigentum antasten werde. Sie unterstützten bürgerliche oder rechtskonservative Parteien, nicht aber den Bürgerschreck Hitler. Interessant ist, daß die Großindustrie trotz ihrer reservierten Haltung nach der Machtübernahme nicht so radikal angefaßt wurde wie etwa Handel und Handwerk.

Turner belegt, daß die deutsche Großindustrie sich erst spät mit Hitler befaßte, sich jedenfalls nicht bereitfand, ihm durch massive finanzielle Unterstützung die Wege zu ebnen. Tatsächlich haben die Nationalsozialisten den größten Teil der benötigten Gelder selbst aufgebracht. Im übrigen benötigten sie weniger Geld als die bürgerlichen Parteien, weil ihre Anhänger mit großem persönlichem Einsatz und enormer Opferbereitschaft den Geldmangel wettmachten.

Die Unternehmer in ihrer Mehrheit müssen sich trotzdem die Frage gefallen lassen, ob sie nicht sträflich kurzsichtig handelten, als sie damals nur daran dachten, ihr Kapital zu mehren. Auf einem anderen Blatt steht allerdings, ob sie das Hitler-Regime hätten verhindern können. lh.

BEITRÄGE ZUM LIBERALEN SOZIALISMUS

herausgegeben von Peter Weiz

HEFT 6

November 1970

1. + 2. Tausend

Karl Konstantin

Wer finanzierte Hitler?

Alle Rechte vorbehalten
also - Druck u. Verlag
805 Freising, Postfach 327, T. 08161/7565
Postscheckkonto: München 2323 29
Glanzfolienkaschierung: W.Achilles, 8051 Echting

BEITRÄGE ZUM LIBERALEN SOZIALISMUS

WARUM

veröffentlichen wir diesen Bericht gerade jetzt? Es geht uns keinesfalls um die sogenannte "Vergangenheitsbewältigung", es geht uns vielmehr um unsere Zukunft. Wenn wir diese bewältigen wollen, müssen wir zumindest die wichtigsten Zusammenhänge aus unserer jüngsten Vergangenheit kennen lernen. Dabei werden wir bald merken, daß dort die gleichen Kräfte am Werke waren, die auch heute wieder unsere Geschicke lenken.

Von diesen Mächten wird zwar immer wieder behauptet, sie seien "geheim" und "anonym". Aber diese Behauptungen sind nichts weiter als ein gefährlicher Selbstbetrug. Sie verleiten zu feigem Verharren im Nichtstun gegen Mächte, die sehr wohl zu bekämpfen sind und deren Beseitigung die Voraussetzung dafür ist, daß die Menschheit überhaupt noch weiter bestehen kann.

Niemand kann heute mehr behaupten, daß z. B. Herr Abs ein völlig Unbekannter sei. Wenn es ihm auch erst kürzlich wieder gelang, ein Buch über seinen

3

politischen Einfluß, das im Pahl-Rugenstein Verlag erschien, zu unterdrücken, so beweist dies lediglich, daß die private Profitsphäre des Herrn Abs, die ja doch nur ganz geringfügig angekratzt wurde, in unserem Staate eben doch wesentlich stärker geschützt wird als das Lebensinteresse von 60 Millionen Menschen.

Wenn wir diese unhaltbaren Zustände ändern wollen, so hat es jedoch keinen Sinn, gegen einzelne Vertreter dieses korrupten Systems vorzugehen. Wir kommen nur weiter, wenn wir das System selbst angreifen. Dazu gibt uns das Konzept "Reale Demokratie", das von der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher erarbeitet wurde und im Anhang dieser Schrift abgedruckt wird, eine wertvolle Grundlage.

Sollten Sie jedoch, lieber Leser, diese Schrift nur aus Neugier gekauft haben, so möchten wir sie warnen. Es könnte am Ende sein, daß auch Sie zu der Auffassung kommen: Ich muß etwas dagegen tun. Das zu entscheiden, das allerdings bleibt Ihre Sache.

4 München, im November 1970 Peter Weiz

diese Zusammenhänge weitgehend informierten Dr. Otto Strasser in die Bundesrepublik mit allen Mitteln verhindert werden.

Die Akten über die ausländischen Geldgeber Adolf Hitlers liegen heute in dem "Abegg-Archiv" in Zürich. Die Schweizer Zeitschrift "Neutralität" hat den Mut besessen, einiges aus ihnen in ihrer Mai-Ausgabe 1970 zu veröffentlichen. Wie dieses "Abegg-Archiv" zustande kam und warum es sich heute in Zürich befindet, das schildert der ehemalige Mitarbeiter Dr. Abeggs im preußischen Staatsministerium des Innern und heutige Züricher Archivar folgendermaßen:

"Ende 1931 erhielt unser Chef, Staatssekretär Dr. Abegg, von Minister Severing den Auftrag, das Vorleben Hitlers, sowie dessen ausländische Finanzquellen abzuklären. Offenbar handelte es sich darum, Hitler, der damals noch nicht deutscher Staatsbürger war, auszuweisen oder ihn vor Gericht zu stellen. In diese Pläne waren Reichskanzler Brüning, General von Schleicher und später auch Minister Schlange-Schöningen und ein Herr Passarge eingeweiht. Die polizeiliche Durchführung dieses Auftrages wurde uns übertragen. In einer Geheim-sitzung machte General von Schleicher auf die Tatsache aufmerksam, daß nach seinen Berechnungen die inländischen Zuwendungen an Hitler bei weitem nicht ausreichten, um das Budget der NSDAP, das sich damals zwischen 80 und 100 Millionen Reichsmark bewegte, zu decken. Er müsse folglich noch

6

WER FINANZIERT HITLER ?

Um das deutsche Volk kollektiv für den Aufstieg und die Machtergreifung Hitlers verantwortlich machen zu können, mußten nach 1945 seine ausländischen Geldgeber mit allen Mitteln geheim gehalten werden. Noch heute liegt tiefes Schweigen über einem der lehrreichsten Kapitel der Zeitgeschichte zwischen den beiden Weltkriegen.

Im Jahre 1950 veröffentlichte die badisch-württembergische Deutsche Gemeinschaft beweiskräftige Dokumente darüber, daß das amerikanische Bankhaus Warburg es gewesen war, das die entscheidenden Wahlen Adolf Hitlers von 1930 bis 1933 finanziert hatte. Darauf wurde ein Prozeß geführt gegen sie, den sie gewann, da sie stichhaltige Unterlagen vorzuweisen vermochte. Aber keine einzige Zeitung berichtete damals über diesen Prozeß, obwohl er doch eine historische Sensation zum Gegenstand hatte, nämlich den Nachweis, daß das internationale Großkapital in entscheidender Weise auf Adolf Hitler gesetzt hatte. Damals wären die geheimen Finanziere Hitlers durchaus noch greifbar gewesen. Man hätte sie zur Verantwortung ziehen können. Aber da sie damals bereits wieder damit beschäftigt waren, die Remilitarisierung der Bundesrepublik im Rahmen der NATO einzuleiten, wurden sie von ihren Staaten geschützt, die Presse schwieg, die Wahrheit sollte nie zutage kommen. Aus ähnlichen Gründen sollte übrigens die Rückkehr des über

5

ausländische Finanzquellen haben. Die Berechnungen Schleichers stützten sich im wesentlichen auf die Angaben des SA - Chefs Röhm. Die SA wurde ja zum großen Teil aus dem Geheimfonds der Reichswehr finanziert und Schleicher hatte Anspruch auf einen Rechenschaftsbericht über die Verwendung der Reichsgelder...

Zur Zeit als Dr. Abegg wegen des Staatsstreiches gegen die Regierung Braun-Severing zurücktrat, also Ende Juli 1932, waren unsere Recherchen noch nicht abgeschlossen und Dr. Abegg bat uns indes-sen, sie fortzusetzen, das Ergebnis aber nicht unserem neuen Chef zu übergeben, sondern ihm... Die neuen Vorgesetzten aus dem Papen- und Hitler-Lager sollten nicht eingeweiht werden. Das Ergebnis der Recherchen sollte nur General von Schleicher (damals Reichskanzler) und Dr. Abegg erfahren... Das Ergebnis unserer Untersuchungen war für Hitler derart belastend, daß, wenn das Material dem Reichspräsidenten unterbreitet worden wäre, der Präsident keine andere Wahl gehabt hätte, als Hitler vor Gericht zu stellen. Es scheint, daß Hitler eine Ahnung hatte, was geplant war. Jedenfalls ließ er im Frühjahr 1933, als Dr. Abegg nach der Schweiz verreist war, in der Berliner Wohnung von Dr. Abegg durch die SS eine Hausdurchsuchung machen, wobei das Dossier Hitler beschlagnahmt wurde. Etwa ein Jahr später erhielt die SS den Auftrag, bei General von Schleicher eine Hausdurchsuchung zu machen, und das Dossier des Dossiers Hitler zu

7

Die politische Mitte als Förderer der Exstremparteien / -positionen

- Gedanken, die sich beim Lesen der Texte-Sammlung unter Ziffer 21.6 entwickelten. -

Tristan Abromeit

Anfang Oktober 2007

Wenn Ereignisse, Inhalte, Zeitabschnitte, die wir unter dem Begriff Nazi-Herrschaft zusammenfassen können, von der Gesamtgesellschaft, der Öffentlichen Meinung oder der Politik als das nicht steigerbare Böse hingestellt werden, dann entsteht auch die Versuchung, den politischen Konkurrenten oder Gegner mit einem Bann in Form der verbalen Übertragung des Bösen auf diesen zu belegen. In dem Beitrag von der Bundestagsfraktion der GRÜNEN heißt es: „Bundestagsvizepräsident Westphal erinnerte daran, daß es im Bundestag schon immer Vergleiche mit Kommunisten und Nationalsozialisten gegeben habe.“ (Texte 21.6) Ich denke, daß die Wirkungen solcher Vergleiche mit der Überhöhung vergangener Schuld ins Unendliche und der Untertreibung gegenwärtiger Schuld zu einer vernachlässigbaren Bagatelle zu tun haben.

In jedem Fall hatten die Mitglieder der jungen grünen Partei, die noch den Bewegungskarakter nicht ganz überwunden hatte, allen Grund, sich über den Vergleich mit den Nazis zu ärgern und empört die Unterstellungen zurückzuweisen. Eine verkappte braune Zielsetzung lag außerhalb der emotionalen Grundstimmung und der rationalen Zielsetzungen der Grünen. Andererseits sind die damaligen Verdächtigungen der Mitglieder der etablierten Parteien gegenüber den Grünen als eine „natürliche“ Angst- und Abwehrreaktion¹ aufgrund des unkonventionellen, dynamischen Auftretens und auch der moralischen Selbstüberhöhung der Mitglieder der neuen Partei zu verstehen.

Ich weiß nicht, welche Definitionen (Begriff) vom Wort (politische) Bewegung zur Zeit „gehandelt“ werden. Für mich steht fest, daß Bewegungen nicht geplant und beschlossen werden können, sondern daß sie eine Reaktion auf die Ergebnisse von etablierten Institutionen und Strukturen sind. Welchen theoretischen oder ideologischen Überbau diese Institutionen und Strukturen haben, dürfte für die Entstehung einer Bewegung nebensächlich sein, nicht aber für ihre Verlaufsform. Eine Bewegung ist eine partielle oder totale Kritik der jeweils prakti-

¹ Angst vor Machtverlust; Angst, das Definitionsmonopol für richtige und falsche Politik zu verlieren; Angst davor, als selbstverständlich wahrgenommene Gewohnheiten aufgeben zu müssen; Angst, plötzlich zu einer Art Politiker zu gehören, die sich selbst überlebt haben; Angst, plötzlich wieder zu den bösen Deutschen zu gehören. Das Aufkommen der Grünen war die erforderliche und gewollte Infragestellung der alten Politik.

zierten Politik und zielt auf ihre Änderung. Am Anfang steht Angst, Bedrohung, Unbehagen, Mangel. Das Maß an Angst etc. muß so groß sein, das es individuell nicht mehr verarbeitet werden kann. Die Dynamik der Bewegung entsteht dabei vermutlich aus dem subjektiven Empfindungen. Eine objektive Bewertung der Sachverhalte, dürfte allenfalls eine stützende Funktion haben. Die Bewegung ist aber für die etablierte Politik eine Chance für eine selbst bestimmte Kurskorrektur, bevor sie durch eine gewalttätige Rebellion oder Revolution in der betreffenden Gesellschaft dazu gezwungen wird. Eine Bewegung ist erst einmal eine Nichtorganisation. Um aber in der Öffentlichkeit wirksam zu werden, muß sie Organisationsstrukturen bilden, die erst ein gezieltes und koordiniertes politisches Handeln ermöglichen. Diese Organisationsbildung erfolgt eben nicht aufgrund eines Beschlusses einer Mehr- oder Minderheit, sondern erfolgt eher wie eine Kristallisation an Leitideen – so wie der Tau oder der Staub an Spinnenfäden feste Formen gewinnt. Diese Leitideen entstehen nicht mit der Bewegung, sondern sind ein Rückgriff auf Ideen, die in Teilen der Gesellschaft vorhanden sind. Diese Leitideen müssen genug Distanz zu den Vorstellungen der Herrschenden ausdrücken, aber auch als genügend vertrauenswürdig und zukunftssträftig erscheinen. Es findet keine Eingangsprüfung statt, weil sich dazu die Bewegung ja noch nicht institutionell ausgeformt hat, sondern das Vertrauen zu den Leitideen muß von glaubwürdigen Personen vermittelt werden, die in der noch unstrukturierten Bewegung wahrnehmbar / sichtbar sind. So viel mehr sich die Bewegung zur Organisation wandelt, je mehr Elemente der Erstarrung muß sie in sich aufnehmen. Irgendwann kann man dann registrieren, die Bewegung ist eine erstarrte Karteileiche oder ein Teil des herrschenden Systems geworden. Wenn die Bewegung dazu geführt hat, daß eine genügend große Korrektur der Politik durchgesetzt werden konnte, ist die Endform der Bewegung zweitrangig.

Die größte Gefahr der Fehlentwicklung besteht für eine Bewegung in ihrem labilen Zustand, in der Zeit der organisatorischen Kristallisation, wenn machthungrige Einzelpersonen oder Gruppen die Regie übernehmen und erst den Bewegungsmitgliedern und womöglich danach der Gesamtgesellschaft sagen, wo es lang geht. Das betrübliche Ergebnis der nationalsozialistischen Bewegung ist ja zu Recht immer noch Gegenstand vieler Erörterungen. Wenn wir am Ende der aktuellen Auseinandersetzungen in Birma die Mönche in der Rolle der Diktatoren wiederfinden, dann ist auch dort die Bewegung schief gelaufen. (Noch kann man Besseres erhoffen!)

War nun die grüne Bewegung und die sich daraus bildende Partei in der Gefahr, in die Fußstapfen der Nationalsozialisten zu treten? Zu keinem Zeitpunkt! Einfach deshalb, weil der Nationalsozialismus – der heute sicher bei 95% der Bürger nur Schuldgefühle auslöst - für diese Bewegung keine Kristallisationsfähigkeit hatte. Es hat aber schon Versuche gegeben, die Bewegung und die daraus entstandene Partei in eine kommunistische Richtung zu drängen. Diese Richtung hatte aber eben nicht das Braun als Signalfarbe, sondern das Rote. Für einen durchschlagenden Erfolg der Signalfarbe *rot* fehlte aber in der Partei wie im Sympathiesanctumfeld die Basis. Es ist bei den marxistischen Parteifreunden wie bei den Mitgliedern der RAF aufgrund von Fehlern in der Ursachenanalyse und den Lösungswegen zu tragischen Fehleinschätzungen gekommen. Es besteht darum aber kein Grund zur Häme. Was die marxistisch orientierten Grünen unter Führung von Jutta Ditfurth geschafft haben, ist, die *Vielfalt in der Einheit* als Basis der Partei zu zerstören. Vorbereitet haben die roten Grünen den Weg der Grünen in die Einfalt des Parteienkartells unter Führung des „Staatsmannes“ Joschka Fischers. Das Problem in der Politik sind aber nicht die Führer, sondern die Geführten, die sich dadurch verführen lassen, daß sie vorher ihre individuelle Kritikfähigkeit an der Partei-Gardrobe abgeben. Diesen Weg der Grünen hat Rudolf Bahro schon 1984 befürchtet, daher seine damalige Mahnung, daß diese Bewegung nicht verloren gehen dürfe wie die vorherige. Das Scheitern einer Bewegung ist nicht nur dann gegeben, wenn sie sich zu einer menschenverachtenden Kraft entwickelt, sondern auch dann, wenn es ihr nicht gelingt vor ihrem Ende oder nach ihrem Wandel zur Partei, die Dinge im erforderlichen Umfang zu ändern, die ihre Entstehung verursacht haben.

Mein eigener Hinweis auf die gleichen Entstehungsmechanismen bei der NSDAP und den GRÜNEN war weder ein Werben für die Nazis noch eine Verharmlosung ihres Wirkens, sondern eine Kritik derjenigen, die aus dem Status der *Gnade der späten Geburt* hochmütig andere abkanzeln, die sich damals der Politik – aus Feigheit oder aus einer Ohne-mich-Haltung – nicht entzogen haben ² und gleichzeitig eine Mahnung an die Grünen allgemein, sich für bessere Ergebnisse als jene, die die braune Bewegung erzeugt hat, ins Zeug zu legen. Man hat mir damals auch übel genommen, daß ich nicht ausdrücklich ausschloß, daß eine angestrebte rote Umprägung der grünen Partei genau so wenig begrüßenswert sei, als eine solche

2 Dabei ist es für eindeutig, daß in der Rückschau jenen Menschen die größere Sympathie gehört, die damals klarsichtig das Unheil kommen sahen und darum eine Frontstellung gegen die braune Bewegung einnahmen. Ich schätze aber, die braune Bewegung wäre durch den inneren Widerstand in sich zusammengefallen, wenn sie das Endergebnis ihrer Bemühungen hätte im Voraus sehen können. Es war eben keine Mordlust, die die Leute zusammengeführt hat.

ins Braune.

Bei den obigen Texten (21.6) ist auch eine Rezension zu dem Buch *Hitlers Geld. Vom armen Kunstmaler zum millionenschweren Führer* von Wulf C. Schwarzwäller durch Carsten Lilge. Vermutlich habe ich diesen Beitrag 1999 hier eingefügt, um die Aussagen von Waltraud Schoppe im Bundestag über die Vergangenheit des Hauses Flick zu unterstützen. Es kann aber auch sein, daß ich den Text als den Hinweis auf eine weitere Nazi-Lüge eingefügt habe. Die von den Nazis übernommene Parole von der *Brechung der Zinsknechtschaft* (Die ja auf ein Jahrhunderte altes volkswirtschaftliches Problem verweist.) war wohl auch bei Hitler selbst von Anfang an eine Propagandalüge. Carsten Lilge schreibt: „Für Schwarzwäller war Reichtum Hitlers Ziel von Jugend an, und dafür wollte er möglichst nicht arbeiten.“

Wichtiger ist mir heute vielmehr der Hinweis, daß die Frage, wer Hitler finanziert hat und ob er ein verkleideter Kapitalist und Steuerhinterzieher war, nachrangig ist vor der Frage, warum die Demokraten und die Sozialwissenschaften die Weimarer Republik so zugerichtet haben, daß die Nazis den damaligen Bürgern als Erlösung von ihrer Drangsal vorkamen.

Damit der Beitrag von Lilge nicht so isoliert dasteht, habe ich noch eine weitere Buchbesprechung zu „Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers“ von Henry Ashby Turner und die ersten Seiten (in Originalgröße) der kleinen von Peter Weiz 1970 herausgegebenen Schrift mit dem Titel „Wer finanzierte Hitler?“ von Karl Konstantin hinzugefügt. Der Herausgeber soll im Jahr 2000 verstorben sein. Wer der Verfasser Karl Konstantin war, habe ich noch nicht herausgefunden. Konstantin beruft sich auch auf das „Abbeg-Archiv“. Gibt man den Begriff in eine Suchmaschine ein, erhält man eine Fülle von Links. Die meisten wohl mit dem Hinweis, daß wir es bei dem Abbeg-Archiv mit einer Fälschung zu tun haben. Wer sich also auf dieses Thema einläßt, ohne dafür (wissenschaftlich) gerüstet zu sein, wird sich bald im Dschungel von Behauptung und Gegenbehauptung verlieren.

Unstrittig ist wohl, daß Geld und Sachgüter auch eingesetzt werden, um Personen und politische Prozesse zu Gunsten bestimmter Ziele oder zur eigenen Förderung der „Spender“ zu beeinflussen. Das fängt mit der Umlage für ein Geschenk für eine Kollegin oder einen Kollegen

in einer Abteilung zur Förderung des Betriebsklimas an, nimmt seinen Lauf über die Spende³, das Sponsoring⁴ und endet bestimmt noch nicht bei den Schwarzgeldkassen von Unternehmen zur Beeinflussung des Marktgeschehens.

Da das politische Modell der Demokratie von den Einwirkungsmöglichkeiten der Einzelnen im Rahmen der statistischen Streuung von Intelligenz und Fähigkeiten in der Normalverteilung ausgeht, ist eine Vermögensverteilung, die diese Streuung nicht widerspiegelt, eine Sabotage des Demokratiemodells. Wer die Demokratie also wirklich will, muß sich für eine Entsprehnung in der Ökonomie einsetzen,⁵ damit die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Gesellschaft den Fähigkeiten entsprechen.

Auch wenn große Vermögensansammlungen nicht zentral (von offenen oder geheimen Mächten) gesteuert werden (können) und sie beim genauen Hinsehen vermutlich unterschiedliche Zielsetzungen haben, die sich in der Realisierung gegenseitig aufheben, sollten große Vermögen und Vermögenssammelstellen (auch in Form von Stiftungen) in ihrem politischen Gebaren immer aufmerksam beobachtet werden. Die Politik hat aber auch dafür zu sorgen, daß Unternehmen gar nicht genötigt sind zu versuchen, mit Geld Fehler in der Konjunktur-, Finanz-, Umwelt- und Sozialpolitik zu korrigieren.

Etwas anderes ist mir beim Nachschauen in der kleinen Schrift aufgefallen. Die Schrift macht auch Werbung für die AUD (Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher). Da die AUD eine der Gründungsgruppen der GRÜNEN ist, ist auch heute noch interessant, was im Jahr 1970 als ihre Ziele ausgewiesen wurden.

3 Für Spenden von Unternehmen gelten andere Richtwerte. Hierbei ist zu allererst die Spende vom Sponsoring abzugrenzen. Als Spende gelten Geld-, Sach- oder Dienstleistungen dann, wenn für sie keine Gegenleistung vereinbart wird. ... (Wikipedia)

4 Anders als beim reinen Mäzenatentum, bei dem keine direkte ökonomische Nutzenerwartung vorherrscht, basiert das Sponsoring auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Als Gegenleistung wird von der gesponsorten Partei (der Gesponsorte) eine Reihe von konkret definierten Leistungen und Nutzungsrechten angeboten. In Abgrenzung zu einem echten Leistungsaustausch, bei dem Leistung und Gegenleistung einander gleichwertig gegenüberstehen, liegt dem Sponsoring eine gewisse Förderabsicht zugrunde. ... (Wikipedia)

5 Gemeinwirtschaft und formale Demokratisierung der Wirtschaft dürften hier aber die falschen Stichworte sein. Und mit der Zentralverwaltungswirtschaft kann man zwar den Privatkapitalismus in einen Staatskapitalismus transformieren, aber nicht die Probleme der Gerechtigkeit und Freiheit lösen.

Aus dem Anhang zu:
„Wer finanzierte Hitler?“ von Karl Konstantin
Heft 6 der Beiträge zum Liberalen Sozialismus
Hrsg. Peter Weiz, 1970

FÜR REALE DEMOKRATIE

Zwischen der Verfassungstheorie, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland dargestellt ist, und der Verfassungswirklichkeit, wie sie von den die Bundesrepublik beherrschenden Mächten geformt worden ist, hat sich ein unlöslich scheinender Widerspruch herausgebildet. Die eigentliche Staatsgewalt geht nicht vom Volke, sondern sie geht vom Gelde aus. Die Parteien wirken nicht, wie ihr Verfassungsauftrag lautet, bei der Willensbildung des Volkes mit; sie manipulieren den Volkswillen von oben teils mit Staatsmitteln, teils nur dank der Finanzierung durch private Geldgeber, die von den Parteien die Ausführung ihrer Aufträge erwarten. Das Recht der freien Meinungsäußerung ist eingeschränkt durch die Macht übergroßer Pressekonzerne und durch regionale Pressemonopole; im Fernsehen gibt es nicht einmal für Betroffene ein gesetzlich festgelegtes Recht auf Gegendarstellung. Die Trennung der Gewalten in Exekutive, Legislative und Justiz ist aufgehoben, erstens dadurch, daß die herrschenden Parteien alle drei Gewalten gleichzeitig zu kontrollieren versuchen und zweitens dadurch, daß die Exekutive durch vielfache Personalunion die Parlamente von sich abhängig gemacht hat. Die parlamentarische Demokratie ist unter diesen Bedingungen einem langsamen Erstickungstode ausgeliefert. Das führt zur Untertanen-Resig-

- 24 -

nation der älteren Generation, zur revolutionären Gärung in der Jugend und zur unkontrollierbar gewordenen Dauerherrschaft einer vom Volke losgelösten Funktionärsschicht, die mit der spätkapitalistischen Gesellschaft unlöslich verfilzt erscheint.

Weil die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher trotz alledem die repräsentative Demokratie mit frei gewählten Vertretungskörperschaften als die allein menschenwürdige, freiheitliche Staats-

form ansieht, schlägt sie ein System von Reformen vor, die in ihrer Gesamtheit den Volkswillen wieder zum Staatssouverän erheben können. Die A U D schlägt vor:

1. Die Vorwahl aller Wahlkandidaten durch die Bevölkerung selbst. Damit wird verhindert, daß allein kleine Parteiliquen entscheiden, wer mit Aussicht auf Erfolg aufgestellt werden kann. Volkskandidaten würden an die Stelle von Parteilikandidaten treten.

2. Die Möglichkeit der Abwahl von Volksvertretern, die offenkundig ihren Wahlversprechen entgegenhandeln oder Eigen-Interessen statt der Volksinteressen wahrnehmen.

- 25 -

Auf ein Volksbegehren, dem sich zehn Prozent der Wähler in einem Stimmkreis anschließen, müssen Neuwahlen im Stimmkreis folgen. Damit erhält der Wähler ein wirkungsvolles Kontrollrecht über seinen Abgeordneten auch während der Legislaturperioden.

3. Strafrechtsbestimmungen gegen Abgeordnetenbestechung. Die Finanzierung von Abgeordneten durch Interessengruppen muß strafrechtlich genauso verfolgt werden wie die Bestechung von Beamten. In Wirklichkeit ist die finanzielle Beeinflussung der Legislative, die bis jetzt als erlaubt gilt, Ausdruck einer schlimmeren Form von Korruption als irgendeine Form der Korrumpierung der Exekutive.

4. Parteienfinanzierung allein durch Mitgliedsbeiträge. Die Finanzierung von Parteien durch Kapitalgruppen ist die Ursache der Herrschaft des Großkapitals über den Staat; die ergänzende Finanzierung der Wahlkämpfe mit Steuergeldern nach den Wahlergebnissen der vorhergehenden Wahl stabilisiert die jeweiligen Machtverhältnisse und erschwert die Ablösbarkeit der an der Macht Befindlichen. Die Ablösbarkeit der Machthaber ist jedoch ein entscheidendes Element der parlamentarischen Demokratie.

- 26 -

5. Die Aufhebung willkürlicher Prozentklauseln und

aller Bestimmungen des Wahlgesetzes, durch die ein Monopol der heute im Parlament vertretenen Parteien gesichert werden soll. Die Chancengleichheit aller politischen Parteien, auch derer, die neue politische Strömungen und Ideen vertreten, gehört zu den wichtigsten im Grundgesetz verankerten Fundamenten demokratischer Willensbildung; sie wird jedoch durch immer neue Änderungen der Wahlgesetze bedroht und eingeschränkt.

6. Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid. Nur wenn das Volk über seine Lebensfragen unmittel-

- 27 -

telbar entscheiden kann, nimmt es an der Gestaltung seines Schicksals aktiv Anteil. Außerdem ist der Volksentscheid eine notwendige Kontrolle für das Parlament, das einen Volkswillen, der selber handlungsfähig ist, zu respektieren gezwungen sein wird.

7. Einführung eines Wirtschafts- und Sozialrats, der die volkswirtschaftlich relevanten Entscheidungen trifft. Der Wirtschafts- und Sozialrat soll sich aus Vertretern aller volkswirtschaftlich bedeutsamen Berufsgruppen und Wirtschafts-, Sozial- und Verbraucherorganisationen zusammensetzen; er macht die Existenz einer nicht verantwortlichen Lobby überflüssig und stellt die für volkswirtschaftliche Entscheidungen kompetente zweite Kammer der Fachleute neben dem Bundestag als dem politischen Parlamente dar.

8. Wahl des Bundespräsidenten unmittelbar durch das Volk. Der Repräsentant eines Volkes muß seinen

- 28 -

Auftrag durch das Volk erhalten, das er repräsentiert.

9. Einführung der Institution des Ombudsmannes. Der „Ombudsmann“ hat das Recht und die Pflicht, unmenschliche Maßnahmen aufzuheben, sowohl, wenn sie durch Verordnungen der Bürokratie wie durch die Anwendung von Gesetzen herbeigeführt wurden. Er ist das menschliche Korrektiv im modernen Verwaltungsstaat.

10. Die Trennung von Exekutive und Legislative in

den Parlamenten und die Einführung eines von der Exekutive unabhängigen Richterlaufbahn-Systems. Solange Beamte gleichzeitig Abgeordnete sein können, ebensolange kann die Exekutive sich über die Parlamente selbst kontrollieren, und solange die Beförderung der Richter von den Entscheidungen der Justizministerien abhängt, sind die Richter abhängig und nicht unabhängig.

- 29 -

11. Die Verhinderung von Pressemonopolen aller Art und der Zugang qualifizierter Minderheiten zu Rundfunk und Fernsehen. Reale Demokratie setzt umfassende Information des Volkes voraus; die notwendige Vielseitigkeit der Information ist heute in keinem unserer Massenkommunikationsmittel gewährleistet.

Der hier vorgelegte Reformvorschlag der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) stellt den durchführbaren Versuch dar, zum ersten Male in Deutschland von formaler zu realer Demokratie überzugeben. Er bricht die politische Macht der Monopole und verwandelt die Geldherrschaft, in der wir leben, in eine Volksherrschaft, wie sie die Schöpfer des Grundgesetzes wollten.

A U D - EntschlieÙung vom 3. Mai 1970
(HauptausschuÙtagung in Homberg/Efze)

- 30 -

GESAMTDEUTSCHE UNABHÄNGIGKEIT
FREIHEITLICHER SOZIALISMUS
REALE DEMOKRATIE -
darum geht es der AUD

Die Deutschen müssen lernen, miteinander zu leben,
sonst werden sie gegeneinander sterben müssen.

Haben Sie Fragen? Wünschen Sie weitere Informationen? Dann wenden Sie sich bitte
an die BUNDESGESCHÄFTSTELLE der AUD ...

ooooo

Die Themen, die ich hier angeschnitten habe, werden uns noch lange beschäftigen. Heute er-

hielt ich Post vom Regionsverband Hannover des Bündnis 90 / Die GRÜNEN: Der Inhalt:

5. Oktober 2007

Einladung zur Diskussionsveranstaltung: Hilft verbieten gegen Nazis? Pro und Contra NPD-Verbot.

Liebe Freundinnen und Freunde,
auf der LDK in Oldenburg am 13. und 14. Oktober wird das Grüne Wahlprogramm für die Landtagswahl verabschiedet. Der Entwurf enthält eine klare Absage an rechtes Gedankengut und eine Reihe Vorschläge, wie Rechtsextremismus bekämpft werden kann. Ein Instrument aber wird nicht genannt: Die Forderung nach einem erneuten NPD-Verbotsverfahren.

Nach der großen Demonstration gegen den NPD-Wahlkampfauftakt in Hannover und im Vorfeld der Programm-LDK in Oldenburg möchten wir mit Euch gerne über das Thema diskutieren: Wäre eine solche Forderung im Wahlprogramm sinnvoll, um den Rechtsextremen die rechtliche und finanzielle Basis für Veranstaltungen wie die im HCC zu nehmen? Oder sind Parteiverbote in einer Demokratie der falsche Weg, um Verfassungsfeinde zu bekämpfen?

Als Experte wird Ralf Briesse, Rechtspolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion, eine Einführung zum Thema geben.

Die Diskussion findet am Donnerstag den 11. Oktober um 19:00 Uhr im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, statt.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

Mit Grünen Grüßen

Anne Dalig

Anja Ritschel

Vorsitzende Regionsverband

Vorsitzende Stadtverband Hannover

Wenn beide Positionen in dieser Veranstaltung gut besetzt sind und sich über die Veranstaltung hinaus öffentlich darstellen können, dann finde ich das innerparteiliche Klärungsangebot gut. Das Problem bei einer an einer Partei orientierten Urteilsfindung ist nur, daß das Denken und Wollen in der eigenen Partei generell höherwertig eingestuft wird, als das Denken und Wollen in anderen Parteien und insbesondere in der Partei, die die Rolle des Bösewichts inne hat.

Vergessen wird zu leicht, daß Parteiverbote und die Ungleichbehandlung von politischen Parteien durch den Gesetzgeber schon ein Angriff auf die Idee vom freiheitlich-demokratischen Staat sind und die gleiche negative Wirkungsrichtung haben, die der NPD vorgeworfen wird.

Vergessen wird meistens auch von allen, daß der Ausspruch „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ von Rosa Luxemburg gerne benutzt wird, wenn vermeintlich oder tatsächlich die eigene Meinungsfreiheit eingeschränkt wird, aber der Spruch plötzlich keine Geltung mehr haben soll, wenn er für unliebsame Gedanken oder von der politischen Konkurrenz in Anspruch genommen werden soll.

Weiter wird verdrängt, daß im Vereinigungsprozeß von DDR und BRD alle maßgeblichen Parteien – einschließlich der GRÜNEN den Auftrag des Grundgesetzes (Artikel 146) und die Grundlage des Demokratieprinzips verraten haben, daher sollten sie sich mit Verdächtigungen über Verfassungsfeindlichkeit und Verbotsanträgen zu Extremparteien Zurückhaltung auferlegen. Vor allem die SPD hätte Grund ihre ungewollte Förderrolle zu Gunsten der NSDAP, die durch ihren Unwillen, sich sachlich mit zentralen Währungsfragen auseinanderzusetzen, entstanden war, aufzuarbeiten.

Weiter wird übersehen, daß eine linke Diktatur genauso wenig wünschenswert ist wie eine rechte. Und solange ein Sozialismus nur in Verbindung mit einer Zentralverwaltungswirtschaft gedacht und gefordert wird, ist er ein Programm für neue GULAGs und KZs. Auch steht der untergegangene (und restlich noch existierende) reale Sozialismus in der Schreckensbilanz „ebenbürtig“ neben dem Nationalsozialismus. Wer also mit „Linken“ gegen „Rechte“ demonstriert, macht sich selber unglaubwürdig.

Weiter ist zu bedenken: Die Parteien der politischen Mitte und die Extremparteien hängen wie ein System der kommunizierenden Röhren zusammen. Um so mehr inhaltliche und funktionale Probleme die politische Mitte produziert und das Hauptrohr füllt, je mehr steigen auch die Pegel in den Nebenrohren, die die Extremparteien darstellen. Oder anders ausgedrückt. Der Unrat der politischen Mitte stinkt an den Rändern. Das ist keine Werbung für die politischen Extremen, sondern eine Kritik der leistungsschwachen Mitte und die Aufforderung, unsere Republik so zu gestalten, daß Extremparteien ihre Anziehungskraft, aber nicht ihre Signalwirkung verlieren, und daß es kein Anlaß für Verbotserwägungen mehr gibt.

Dann möchte ich den aufrechten Demokraten und den Gutmenschen – die mit dem Finger auf andere zeigen, aber bevorzugt an die eigenen Karriere denken (in der Wählerschaft allgemein

und in den Parteien – insbesondere auf zwei gern verdrängte Sachverhalte hinweisen:

A) Mord und Sabotage der Menschenrechte durch Ignoranz

Mitglieder der SPD, CDU/CSU, der FDP und der Bündnisgrünen haben – soweit mir bekannt ist - noch keine politisch motivierten Morde begangen und keine Menschen aus rassistischen oder sonst niedrigen Motiven verprügelt oder durch die Straßen gejagt, wie es links- oder rechtsextreme Gruppen zu verantworten haben. Sie haben aber durch ihre Ignoranz gegenüber ökonomischen Problemen und deren Lösungsmöglichkeiten zum Massenmord und Verhinderung der Menschenrechte auf unseren Globus tatkräftig beigetragen.

Wenn Jean Ziegler (Die neuen Herrscher der Welt: Und ihre globalen Widersacher) und andere Autoren von Toten als Opfer unsere Ökonomie berichten, die zahlenmäßig pro Jahr so viel erreichen, wie in der Zeit des gesamten Zweiten Weltkrieges, dann ist doch nach der Schuld jener zu fragen, die durch eine Ideologie, durch falsches Denken oder einen blinden Egoismus diese mörderische Ökonomie stützten.⁶ Wer liefert den Verteilerschlüssel, damit wir die Zahl der Toten, die jedes Parteimitglied zu verantworten hat, ermitteln können.

Es geht aber nicht nur um die große Welt, sondern auch um die Menschen in unserer Gesellschaft. Ich denke an die überschuldeten Familien, an die Arbeitslosen, an die Menschen mit Arbeit, die Angst haben, diese zu verlieren oder immer mehr unter Arbeitsdruck kommen und auch an die Rentner und jene Menschen, die nicht durch eigene Leistungen ihr Leben fristen können. Die Lasten steigen, das verfügbare Einkommen wird immer geringer.

Aber auch die mangelnde Durchsetzung ökologischer Belange durch eine überholte Ökonomie ist zu benennen. Die Verantwortung liegt hier nicht bei der NPD – so häßlich sie sein mag -, sondern bei den Parteien, die im Bundestag sitzen. Die Blockadehaltung der Grünen, der FDP und der anderen Parteien ist doch nicht zu übertreffen. Bevor sie immer mit dem Finger auf die anderen Parteien zeigen – also sich gegenseitig verdächtigen -, sollte jede ihren eigenen Augiasstall ausmisten.

Ich sage auch nicht, daß hier Verschwörung und Böswilligkeit im Spiel ist, es ist die Herr-

⁶ Der Ex-Präsident der USA vor Studenten in Lüneburg: „Wer hat die Verantwortung für die vielen Toten in Darfur?“, fragte er seine Zuhörer und gab gleich die Antwort: „Sie tragen die Verantwortung, und ich trage die Verantwortung.“ (HAZ vom 5. 10. 07)

schaft der Ideen und Vorstellungen in unseren Köpfen, die wir nicht beliebig austauschen können. Nur der Zweifel an dem Altbekannten, untermauert durch Fakten und der Ideenwettbewerb kann uns für das notwendige Neue freimachen.

B) Die Ähnlichkeit unseres Staates, dem eine freiheitlich-demokratische Grundordnung unterstellt wird – mit dem Nazistaat

Ich habe ausgeführt, daß die GRÜNEN nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun haben. Die gleiche Aussage gilt für die anderen im Bundestag vertretenen Parteien.⁷ Wenn man aber den ideologischen Überbau des jeweiligen Staates und die Art und den Umfang der Verfolgung Andersdenkender außer Acht läßt, ist das Urteil nicht mehr so eindeutig. Der moderne Staat besteht unabhängig vom Regierungssystem. Seine Grundstrukturen hat die Weimarer Republik vom Kaiserreich übernommen, der Nazi-Staat hat die Weimarer Republik beerbt, wie die BRD den nationalsozialistischen Staat. Mit der Auflösung des SED-Staates ist das Denken in seinen Kategorien noch nicht überwunden.

Dafür, daß wir uns als eine freiheitliche, soziale und demokratische Gesellschaft verstehen, wird beschämend wenig darüber nachgedacht und diskutiert, was der Staat für uns bedeutet, welche Aufgaben und welchen Umfang er haben sollte und wo er zurückgenommen werden muß. Wir haben mehr vom absoluten und vom totalitären Staat übernommen, als es mit einer Vorstellung von einer Gesellschaft der Freien (Franz Oppenheimer) vertretbar ist. Wenn Sozialwissenschaftler – die ja leider meistens selbst Staatsdiener – also System- und Herrschaftsbestandteil sind – diesen Sachverhalt untersuchen würden, kämen sie nach meiner Schätzung zu dem Ergebnis, daß sich unser Staat über 50% mit dem Staat der Nazis deckt. Es wurde einfach versäumt, staatsfreie Zonen zu schaffen, um der haftenden Gestaltungsfreiheit der Bürger Raum zu schaffen und den Rest so zu gestalten, daß er Diener und nicht Herr der Bürgerschaft ist. Ich denke besonders an den Bereich der Bildung, der Ökonomie und des Sozialen Netzes. Das Verhältnis der Parteien zum Staat ist heute ähnlich wie zu NS-Zeiten. Der Unterschied besteht darin, daß damals eine Partei sich zum Monopolisten aufgeschwungen (besser: geprüft) hat und die Parteien von heute sich mit der Rolle des Kartellmitgliedes zufrieden geben müssen und sich im Kartell um die Vorherrschaft „prügeln“. Das Bild von der *Aktiengesellschaft Deutschland* drängt sich auf, in der die Parteien, die Aktionäre sind. Den Wählern, die

⁷ Wenn man die Inhalte der NSDAP mit unseren heutigen Parteien genau vergleichen würde, müßte man „nichts“ vermutlich gegen „wenig“ auswechseln müssen.

wie bei den Nazis manipuliert werden – nur mit feineren wissenschaftlichen Methoden - (und die die Kosten der Verdummung via Fiskus selbst übernehmen müssen) wird gesagt, alles geschehe nur um ihre Arbeits- oder Ruheplätze zu erhalten. Mir scheint, wir haben es bei den Nazis wie bei unseren „Demokraten“ mit Staatsbesetzern zu tun, der Einsatz für das Wohl der Allgemeinheit wird geheuchelt. Die im Munde geführten sozialen, ökologischen und anderen Ziele sind vorwiegend Instrumente des eigenen Machtstrebens. Das ist eine tendenzielle Aussage, die nicht in jedem Einzelfall zutrifft. Auch heute gibt es die Selbstaufopferung für das Gemeinwohl und die solide, verantwortungsbewußte Arbeit für die Bürger und ihre Demokratie. Aber ist es nicht schon schlimm genug, daß solche Gedanken in einem hochkommen, obwohl man auf der Suche nach dem Positiven ist? Daß die Politikerkaste in der Vereinigung von DDR und BRD sich selbst als das Volk erklärte und den Bürger für eine Verfassungsgebung (wie beim Europakomplex) für zu dumm hielt und hält, wird sich noch lange rächen.

<(Einschub: Eigentlich ist der Neo-Liberalismus (zweiter Prägung)⁸ eine berechtigte Kritik an dem herrschenden, problematischen Staatsverständnis. Leider ist diese Kritik mit einem Ökonomieverständnis gekoppelt, daß geradezu den Ruf nach dem totalen Staat fördert.)>

Wahlen alleine werden keine Wende bringen. Das Selektionsystem für Parlamentarier befördert in der Regel die machthungerigen Menschen in die Parlamente und nicht die, die an Problemlösungen interessiert sind und den Bürgern Freiheit vermitteln wollen. Auch die Freiheitsimpulse, die am Anfang bei den Grünen vorhanden waren, wurden der Teilhabe an der Macht geopfert. Bei der FDP ist die Freiheit zu einer schlecht ausformulierten theoretischen Größe geworden, bei der CDU zu einer Ideologie und bei der SPD mit ihrem Gutsherren-Verwalter-Modell ist die Freiheit das Recht der Knechte und Mägde, mit dem linken oder rechten Bein zuerst aus dem Bett zu steigen. Die westlichen Mitglieder der Partei *Die Linken* sind der SPD zuzuordnen und die östlichen Mitglieder der Linken haben in der Beurteilung noch eine Schonfrist, weil ihre Nabelschnur, die sie mit der SED verband, noch nicht ganz abgeheilt ist. Es würde bei den gegebenen Wahlvoraussetzungen positiv auffallen, wenn die Parlamente nicht mehr durch Wahlen sondern durch einen Zufallsgenerator besetzt würden. Ein solches Verfahren würde die Macht⁹ der Parteizentralen und Werbeagenturen brechen. Ob ein solches Verfahren neben der größeren Unabhängigkeit auch eine qualitative Steigerung der Abgeord-

8 Die beim Start der BRD wirkenden Neoliberalen erster Prägung – auch Ordoliberalen genannt – hatten zum Teil entgegengesetzte Vorstellungen als jene von heute.

9 Das was von außen betrachtet sich als politische Macht darstellt, wird sicher aus der Innensicht der Parteien und Parlamente oft als Ohnmacht erlebt.

neten erbringen würde, müßten Versuche erweisen. Vermutlich würden sich dann auch Kandidaten einfinden, die sich bisher zurückhalten, weil die jetzige Kandidatenwahl und die Wahlwerbung den Kandidaten und Kandidatinnen eine zu hohe Selbstverleugnung abverlangt.

Wer die Demokratie als ein ernst zu nehmendes Anliegen begreift, wird seiner Rolle als Demokrat nicht als gehorsamer Parteisoldat gerecht. Er muß immer Ausschau nach Bedingungen, den Entwicklungsmöglichkeiten und den Grenzen der Demokratie halten. Dieses sprengt im Regelfall das Denken im engen Rahmen von Parteien.

Wer die Demokratie ernst nimmt, der muß ihre politische Gliederung in links, mittig und rechts als eine Einheit verstehen. Auch hinter linkem oder rechtem Extremismus und Radikalismus - zwei verschiedene Dinge - stehen meistens ernsthafte Anliegen, soweit diese nicht nur Ausdruck von personalen Verletzungen im Elternhaus, der Schule, am Arbeitsplatz oder durch die politischen Mitte sind. Die Ausdrucksformen der politischen Extreme werden stärker von der politischen Mitte bestimmt als es diese wahrhaben will. Auf keinem Fall ist es Erfolg versprechend, wenn ein Haß, der sich bei oder durch die Extremen äußert, mit einem reflexhaften Haß aus der Mitte bekämpft werden soll.

In meiner Arbeit von Ostern 1977 mit dem Titel „*Vom Untergang der Wilhelm Gustloff über den Holocaust und den Ashram Gandhis zur Gesellschaftsgestaltung*“ habe ich geschrieben:

„Wenn ich Hanna Ahrendt richtig verstehe, ist eine Immunität gegenüber dem Totalitarismus und Antisemitismus durch die Freiheit zum Handeln in Geborgenheit zu erreichen. Die Geborgenheit bedeutet hier nicht, die Abnahme jeglichen Risikos - das als Korrekturmittel und Bremse der Gestaltungsfreiheit erhalten bleiben muß -, sondern die politische Vermeidung von untauglichen, lebensfeindlichen, betrügerischen Strukturen und Institutionen. Der den eigenen Leuten und den Fremden gegenüber offene Mensch benötigt ökonomische Sicherheit, haftende Gestaltungsfreiheit und Planungssicherheit in Bezug auf die gesellschaftlichen Daten, also die Abwesenheit von Willkür¹⁰ der politischen Parteien im Kleide der Demokratie.“

Und bezugnehmend auf Arnold Gehlen verweise ich dann darauf, daß der Mensch seine Freiheit und Entlastung nur im Handeln erfährt. Und es geht hier um das autonome Handeln der Individuen und nicht um das stellvertretende Handeln z.B. der Sozialpolitiker, das letztlich

¹⁰ Die Willkür kann auch darin bestehen, daß Entscheidungen der Parlamente im Interesse von Teil-Gesellschaften unterlassen oder durch formale Mehrheiten zu Gunsten von Teil-Gesellschaften getroffen werden.

kein Schutz vor Totalitarismus darstellt.

Bei Carl J. Burckhardt, dem letzten Hohen Kommissar des Völkerbundes für Freie Stadt Danzig, ist in seinem Buch „Meine Danziger Mission 1937 – 1939“¹¹ zu lesen:

Das Gebiet Ostpreußens war in wahrhaft leichtsinniger Weise vom Reichsgebiet abgetrennt worden, man hatte durch diese Abtrennung einen unhaltbaren Zustand geschaffen. Trotz dieses Umstandes ist in dieser deutschen Provinz kein überreizter Nationalismus ausgebrochen. Der nationalsozialistischen Revolution gegenüber verhielt man sich in weiten Kreisen kritisch. In Ostpreußen habe ich den deutschen >Widerstand< kennengelernt, vertreten durch ernste Menschen ungebrochen vaterländischer Gesinnung, ihr Verhalten blieb untadelhaft bis zu den letzten Konsequenzen, die sie mit dem größten Mut auf sich nahmen. Vielfach handelte es sich um Personen, die vom Staate nicht abhängig waren, die im Gegenteil ihre Formung durch eine lange Gewöhnung an wirtschaftliche Unabhängigkeit erhalten hatten. Ich war häufig Gast in einem Haus, in welchem noch in den späten dreißiger Jahren verfolgte Juden Aufnahme gefunden haben. Selbstverständlich handelte es sich bei den erwähnten frei und selbständig Urteilenden um eine quer durch alle Stände gehende Elite. ... (S. 79 f.)

Mir kommt bei diesem Zitat auf den Hinweis an, daß der Widerspruch gegen den Nationalsozialismus von Personen kam, die nicht vom Staat abhängig und ökonomisch unabhängig waren. Die heutige Politik ist aber - wie die der Nazis - bestrebt, alle Menschen vom Staat abhängig zu machen und verhindert so ihre geistige und ökonomische Unabhängigkeit. Dadurch wird das Widerstandspotential gegen totalitäre Ideen und Wirklichkeiten verhindert oder - wo es noch in Resten vorhanden ist - zerstört. Dieser Tatbestand in Verbindung mit einem weiteren, nämlich daß den Deutschen in ihrer Schuld keine Gerechtigkeit gewährt wird, ist das stärkste Förderungsprogramm für Rechtsradikalismus. Den Rechtsradikalismus bekämpft man also nicht mit Lichterketten, Gegendemonstrationen und ein Medienspektakel um eine Moderatorin,¹² die sich nicht genau an die politisch korrekte Sprache hält, sondern mit einer Kurskorrektur der Politik der Mitte.

6. Oktober 2007, am Geburtstag meines zweitjüngsten Sohnes.

Tristan Abromeit

¹¹ Es ist das Buch, wo Burckhardt seine Begegnung als Vertreter des Roten Kreuzes mit Carl von Ossietzky im KZ Esterwegen schildert.

¹² Nachtrag: „Mit dem Rausschmiss bei 'Johannes B. Kerner' hat die Debatte um Eva Hermann einen neuen Tiefpunkt erreicht. Aber ist nicht alles nur ein Missverständnis?“ (HAZ 11.10. 07) Werden die Hüter unserer heutigen politischen Korrektheit auch die Hüter von *Political Correctness* in der nächsten Diktatur sein?